

und bereits 1977 wieder aufgelöst worden sei. Schon damals hätten sich die meisten Länder Asiens geweigert, einem solchen Pseudogebilde beizutreten. Um wieviel weniger könne in Zukunft ein solches Interesse bestehen!? -we-

*(2)

China kann sich aus eigener Kraft ernähren! Ausführungen Li Pengs bei der FAO-Tagung in Rom

Im Frühjahr 1996 haben Meldungen, daß die VR China größere Posten Getreide importieren wolle, besorgte Kommentare in allen Teilen der Welt ausgelöst.

Die Regierung sah sich daraufhin genötigt, energisch Stellung zu beziehen. Dies geschah in Form zweier deutlicher Signale, nämlich der Veröffentlichung eines Weißbuchs zur Ernährungsfrage im Oktober 1996 (dazu C.a., 1996/10, Ü 19) und am 15. November 1996 anlässlich der FAO-Gipfelkonferenz in Rom, bei der Li Peng eine Rede hielt (dazu XNA, 15. und 16.11.96).

Die Rede wurde mit einem Fanfarenstoß eröffnet: Das Recht auf Nahrung sei das "wichtigste aller Menschenrechte". Für China sei diese Einsicht schon seit Jahrtausenden Grundlage aller Politik. Dazu hätte es nicht erst der Welternährungskonferenz von 1974 bedurft, an deren Vorgaben sich die VRCh aber mit großer Gewissenhaftigkeit gehalten habe.

Auf der ganzen Welt gebe es immer noch rund 800 Mio. Menschen, die sich nicht sattessen könnten. China dagegen habe die Frage der Selbstversorgung mittlerweile weitgehend gelöst - von der Tatsache, daß es noch vor wenigen Jahren rund 80 Mio. Menschen gab, die sich nicht ausreichend ernähren konnten, ist bei Li Peng mit keinem Wort die Rede - und übrigens auch nicht davon, ob das damalige Problem inzwischen abgearbeitet worden ist oder noch Reste weiterbestehen.

Li Peng benutzte das Forum einer FAO-Gipfelkonferenz (13.-17. November 1996) - es war dies die erste ihrer Art überhaupt in der Geschichte der FAO! -, um China als Muster hinzustellen, ohne daß das Wort Modell allerdings auch nur mit einer einzigen Silbe erwähnt worden wäre.

Obwohl die Pro-Kopf-Ackerfläche Chinas weit unter dem Weltdurchschnitt liegt, habe die VRCh doch 1995 einen

Gesamtgetreideertrag von 466 Mio. Tonnen erzielen können - das Vierfache gegenüber 1949, also in einem Zeitraum, da sich die Bevölkerung etwa verdoppelt hat. Die Nahrungsproduktion ging also weitaus schneller als die Bevölkerungs"produktion" (*sheng can*). Z.Z. erzeuge China pro Kopf 41 kg Fleisch, 21 kg Fischprodukte, 14 kg Eier, 35 kg Obst und 198 kg Gemüse; mit jeder einzelnen Zahl liege es über dem jährlichen Weltdurchschnitt. Trotz verheerender Überflutungen in einigen Teilen Chinas werde auch 1996 vermutlich ein Rekord von 480 Mio. t erzielt werden können. Da die durchschnittliche Wachstumsrate im Landwirtschaftsbereich in den letzten 46 Jahren bei 3,1% gelegen habe, sei das zur Selbstversorgung erforderliche Wachstum von jährlich 1% durchaus erreichbar, zumal China (1) neue Anbau- und Biotechnologien verwenden, (2) über 20 Mio. ha Ödland kultivieren, (3) das Grasland für Tierzucht verbessern und mit Hilfe von außenwirtschaftlichen Maßnahmen eventuell auftauchende Lücken füllen wolle.

Und dann kam Li Peng auf seine eigentliche Botschaft: Die in jüngster Zeit getätigten kleinen Importe an Getreide sollen lediglich die Auswahlmöglichkeiten in der Ernährung vermehren und für eine bessere Verteilung in den verschiedenen Regionen sorgen. China importiere aber nicht nur Getreide, sondern sei gleichzeitig auch Exporteur. "In der Bilanz ist China ein Getreideexporteur", heißt es an maßgebender Stelle. Zudem sei es der VRCh gelungen, mit nur 7% des Ackerbodens dieser Erde rund 22% der Weltbevölkerung zu ernähren. China sei der weltweit größte Getreideproduzent - und wolle es auch in Zukunft bleiben.

Da die weltweite Getreideproduktion außerhalb Chinas drei Jahre lang unter der jährlichen Konsumrate lag und da die Pro-Kopf-Getreidevorräte der Welt von 415 kg i.J. auf 360 kg i.J. 1996 geschrumpft sind, gebe es aber immer noch Probleme, die nie aus dem Auge gelassen werden dürften.

Trotz solcher Ausführungen aber bleibt die Frage der Umweltorganisation "World Watch" nach wie vor im Raume stehen: "Wer wird China ernähren?". Aus Reissessern ist in nur wenigen Jahren ein Volk von Fleischverbrauchern geworden. 1994 erreichte der Pro-Kopf-Konsum bei Fleisch 35 kg, bei Fisch 17 kg und bei Eiern 10 kg. Die Fleischproduktion ist von 1988 bis 1994 um 9% p.a. gestiegen; jedes Kilo

Schweinefleisch wird mit 4 kg Futtergetreide erkaufte. Auch der zunehmende Bierdurst im Reich der Mitte trägt zu Engpässen bei. Plante jeder Chinese nur zwei Gläser Bier mehr pro Jahr in seinen Konsum ein, bräuchte China zusätzlich 370.000 t Getreide.

Dies sind zwei eher zufällig herausgerissene Beispiele, die aber deutlich werden lassen, daß schon kleine Verschiebungen im Verbrauchsverhalten ganze Volkswirtschaftsrechnungen im Handumdrehen zu Makulatur werden lassen! -we-

Innenpolitik

*(3)

Urteile in Beijinger Korruptionsaffären: 45 Spitzenfunktionäre verwickelt

Drei Korruptionsfälle haben seit 1995 das politische Establishment in Beijing erschüttert:

- die Machenschaften Zhou Beifangs (des Sohnes eines Deng Xiaoping nahestehenden Spitzenfunktionärs), der in Hongkong Tochterunternehmen der Hauptstadtischen Stahlwerke geleitet hatte;
- ein gigantischer Betrugsfall um einen Pyramiden-Investitionsfonds, der von Wuxi (Provinz Jiangsu) ausgehend landesweite Kreise zog;
- die Veruntreuungen des ehemaligen stellvertretenden Beijinger Bürgermeisters Wang Baosen, der Anfang 1995 Selbstmord beging und in dessen Fall auch der abgesetzte Beijinger Stadtparteisekretär Chen Xitong verwickelt ist.

Im November sind nun Urteile gegen fünf führend beteiligte Spitzenfunktionäre, Manager und Kaderkinder ergangen: Zhou Beifang wurde wegen aktiver und passiver Bestechung in großem Umfange mit zweijährigem Aufschub zum Tode verurteilt (das Urteil wird aller Voraussicht nach in eine lebenslange Freiheitsstrafe umgewandelt werden). Vier weitere Angeklagte, darunter mehrere hochrangige ehemalige Funktionäre aus der Beijinger Stadtregierung, wurden zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. (AWSJ, 15./16.11.1996; SZ, 15.11.1996)

Nach einem Bericht der Parteizeitschrift *Liaowang* (Ausblick) sind inzwischen 45 Beijinger Funktionäre, darunter auf-

fallend viele persönliche Sekretäre von noch im Amt befindlichen Spitzenkadern, wegen ihrer Verwicklungen in die oben aufgeführten Korruptionsaffären verhaftet worden. In den meisten dieser Fälle stehen die Gerichtsurteile noch aus. Der 1995 aus dem Politbüro ausgeschlossene ehemalige Stadtparteisekretär Chen Xitong ist bislang nicht offiziell angeklagt worden. (SCMP, 6.11.1996) -hei-

*(4)

Shanghai als Verwaltungsmodell: Behördentransparenz und neue Führungskräfte

Die Shanghaier Stadtregierung hat entschieden, die "Transparenz" in der Arbeit der städtischen Behörden zu erhöhen, um der Öffentlichkeit eine verbesserte Aufsicht über die Verwaltungstätigkeit zu ermöglichen und die Korruption einzudämmen. Alle städtischen Behörden (einschließlich Justizbehörden und öffentlichen Dienstleistungsinstitutionen) sollen die Verfahren und Praktiken ihrer Verwaltungsführung offenlegen. In diese Offenlegung sollen auch die Gebührenordnungen in den Behörden bzw. öffentlichen Unternehmen für die Gas-, Wasser- und Stromversorgung sowie für den Post- und Telekommunikationsdienst einbezogen sein. Die aufgeführten Institutionen müßten auch Stellen zur Entgegennahme und Behandlung von Beschwerden aus der Bevölkerung einrichten. (ZXS, 1.11.1996, nach SWB, 2.11.1996)

Shanghai soll mit Unterstützung der Beijinger Zentralregierung (und Jiang Zemins persönlich) zu einer Modellmetropole ausgebaut werden: Die vom Zentralkomitee der KPCh angestrebte moderne "geistige Zivilisation" soll in dieser Stadt verwirklicht werden. Eine saubere, effiziente öffentliche Verwaltung gehört zu diesem Projekt. Auch wurde im November angekündigt, daß Shanghai in den nächsten Jahren 30 Mrd. US\$ für den Ausbau seiner Infrastruktur (Flughafen, U-Bahn sowie Finanzdienstleistungen und Telekommunikation) aufwenden werde. (AWSJ, 25.11.1996)

Von großer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang auch jüngste Verschiebungen im Führungspersonal der Stadt, das unmittelbar von der Beijinger Zentrale ausgewählt wird. So wurde Meng Jianzhu (zuvor stellvertretender Bürgermeister) ausdrücklich "vom Zentralkomitee der KPCh" zum stellvertretenden Parteisekretär Shanghais ernannt.

(Xinhua, 1.11.1996) Am 31. Oktober hatte bereits der Ständige Ausschuß des Stadtvolkskongresses "in geheimer Abstimmung" Chen Liangyu (50, zugleich stellvertretender Parteisekretär) und Feng Guoqin (48, zuvor seit 1986 Generalsekretär des Hauptbüros der Stadtregierung) zu stellvertretenden Bürgermeistern gewählt. Beide arbeiten seit geraumer Zeit in der Metropole und gelten als erfahrene Administratoren. (Xinhua, 31.10.1996)

Hua Jianmin (56, Absolvent der Qinghua-Universität), der als stellvertretender Bürgermeister bisher für die Wirtschaftspolitik in Shanghai verantwortlich war, wurde von seinen Aufgaben befreit und wird eine wichtige Funktion in der Zentralregierung übernehmen. (SCMP, 2.11.1996) Mit den Verschiebungen an der Shanghaier Führungsspitze soll offenbar ein Wechsel des Stadtparteisekretärs Huang Ju auf eine Spitzenposition in Beijing vorbereitet werden. (SCMP, 1.11.1996) -hei-

*(5)

Neues Partei-Superorgan als Modernisierungsagentur in Hebei

Das in den letzten Jahren durch institutionelle Innovationen bereits mehrfach hervorgetretene Parteikomitee der Provinz Hebei (siehe C.a., 1996/7, S.674) hat kürzlich ein neues Superorgan ins Leben gerufen, das die wirtschaftliche Modernisierung der unterentwickelten Küstenprovinz mit Hilfe ressortübergreifender Befugnisse vorantreiben soll: die Kommission für umfassende wirtschaftliche Aufgaben der Provinz Hebei. Die neue Kommission ist direkt dem Provinzparteikomitee untergeordnet und soll die Arbeit sämtlicher wichtiger Institutionen der Wirtschaftspolitik sowie der Wirtschafts- und Finanzverwaltung in der Provinz anleiten und koordinieren. Das große Potential Hebeis soll von nun an gezielt entwickelt, die Provinz zu einem "Wirtschaftsgiganten" nach dem Vorbild Shanghais und Shandongs ausgebaut werden. (*Hebei Ribao*, 31.10.1996, nach SWB, 14.11.1996)

Die neue Kommission ist betraut mit der "politischen Führung" in Fragen der wirtschaftspolitischen Entscheidungsfindung, makroökonomischen Regulierung sowie in Personal- und Disziplinarangelegenheiten gegenüber der Planungskommission der Provinz, den Finanz-, Steuer-, Preis- und Statistikbehörden der Provinz wie auch den Provinzstellen verschiedener

staatlicher Banken. Auch auf die Zweigstellen der nationalen Steuerverwaltung und auf das Büro des Bevollmächtigten für Finanzaufsicht des Finanzministeriums in Hebei sollen sich die politischen Lenkungs- und Disziplinarbefugnisse erstrecken. Geleitet wird das Sekretariat der Kommission von einem Mitglied des Ständigen Ausschusses des Provinzparteikomitees.

Bemerkenswert an dieser Neugründung ist die Tatsache, daß in Hebei weiterhin das Provinzparteikomitee und nur in zweiter Linie die Provinzregierung als entscheidende Triebkraft des wirtschaftlichen Wandels auftritt. Die Parteiorganisation zieht in dieser Provinz wirtschaftliche Lenkungs Kompetenzen aktiv an sich. In den meisten anderen Provinzen nimmt die Regierung die wirtschaftspolitische Lenkung wahr, während die Parteikomitees und die ihnen untergeordneten Abteilungen sich nur selten mit dem administrativen Tagesgeschäft befassen. Der Grund für die Hebeier Besonderheiten liegt auf der Hand: Cheng Weigao, der umtriebige Parteisekretär der Provinz, kämpft seit seinem Amtsantritt gegen die Unbeweglichkeit der Provinzadministration und ist bestrebt, mittels direkter politischer Eingriffe von Seiten des Provinzparteikomitees die administrativen Reformblockaden zu überwinden und die grassierende Korruption in den Wirtschaftsbehörden einzudämmen. Zugleich geht es selbstverständlich darum, die politische Oberhoheit des Provinzparteikomitees gegenüber den regionalen Verwaltungsbehörden zu festigen und die Führungskraft des Provinzparteisekretärs zu demonstrieren. -hei-

*(6)

Ländliche Unruhen in Hunan und Jiangxi: Zugeständnisse der lokalen Regierungen

In zwei Kreisen der Provinzen Jiangxi und Hunan ist es in den letzten Monaten zu schweren Unruhen und gewaltvollen Protesten der ländlichen Bevölkerung gegen die Steuer- und Abgabepolitik der örtlichen Regierungen gekommen. Dabei wurde deutlich, daß auf dem Lande staatliche Stellen mit wachsendem Widerstand rechnen müssen, wenn sie eine lokale Willkürpolitik betreiben. Unter der ländlichen Bevölkerung wächst das Bewußtsein der eigenen Interessen und Rechte.

Die Proteste in einer Gemeinde des Kreises Ningdu (Jiangxi) richteten sich gegen einen jener autokratischen "Lo-

kalkaiser", die in chinesischen Gemeinden und Dörfern nicht selten anzutreffen sind und häufig regelrechte Terrorregime in ihrem kleinen Machtbereich errichten. Unter der politisch "ausgewogenen" Parole "Unterstützt die Kommunistische Partei Chinas - Nieder mit Liu Jinchang" (Name des Gemeindeparteisekretärs) stürmten mehrere hundert Bauern den Sitz der betreffenden Gemeinderegierung. Damit zwingen sie die Kreisregierung zum Eingreifen, die nicht nur Einheiten der Bewaffneten Volkspolizei entsandte, um die Unruhen zu unterdrücken und die "Rädelsführer" unter den Demonstranten zu verhaften, sondern auch eine Untersuchung des Hintergrundes der Vorfälle einleitete. Wegen Korruptionsvergehen und Amtsmissbrauchs wurde schließlich fast die gesamte Gemeindeführung aus dem Amt entfernt. (*Pingguo Ribao*, Hongkong, 25.11.1996, nach SWB, 30.11.1996)

Politische Entscheidungen, Gesetze und Bestimmungen, die auf nationaler oder Provinzebene verabschiedet werden, können der ländlichen Bevölkerung als Hebel zur Kritik an örtlichen Mißständen und als Anlaß für öffentliche Proteste dienen. Dies war der Hintergrund für Proteste, die sich gegen mehrere Gemeinderegierungen im Kreis Qidong in der Provinz Hunan von Ende August bis Mitte September dieses Jahres richteten. Zehntausende demonstrierten in jenen Wochen gegen die Abgabepolitik der Gemeinderegierungen, die der Bevölkerung überhöhte Steuern und Gebühren auferlegten. In mindestens einem Fall kam es, nachdem die Polizei Tränengasgranaten gegen die Demonstrierenden eingesetzt hatte, zu schweren Ausschreitungen und zur Erstürmung des lokalen Regierungssitzes. (*Mingbao*, Hongkong, nach SWB, 9.11.96)

Die Unruhen waren ausgebrochen, als der Inhalt des Dokumentes Nr.9 [1996] des Provinzparteikomitees in diesem Kreis bekannt wurde. In diesem Dokument wurden den Kreis- und Gemeinderegierungen konkrete Weisungen für die Senkung der Abgaben und Gebühren erteilt. Diese Weisungen waren jedoch auf lokaler Ebene nicht von allen Regierungen in die Praxis umgesetzt worden. Dies führte unter der bäuerlichen Bevölkerung zu großem Unmut. Das siebenseitige Provinzdokument wurde sogar vor örtlichen Kino-Aufführungen öffentlich verlesen, die Kritik an den Gemeinderegierungen erfaßte weite Teile der Bevölkerung. Anfang September zogen mehrere hundert Bauern, die po-

litische Legitimität für ihre Proteste beanspruchten, indem sie Porträts von Mao Zedong und Zhou Enlai vor sich hertrugen, zum Sitz ihrer Gemeinderegierung und riefen "Nieder mit korrupten Kadern!" und "Setzt das Dokument Nr.9 des Provinzparteikomitees um!". Die Demonstration war gezielt an einem Markttag angesetzt worden, so daß sich mehrere tausend Marktbesucher den Protesten spontan anschlossen.

Nach offenbar unblutigen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften und langwierigen Verhandlungen erklärte sich die lokale Führung schließlich bereit, einige Abgaben zu senken. Einer der stellvertretenden Gemeindeparteisekretäre wies allerdings darauf hin, daß die Gemeinderegierung nicht allein für die Steigerung der Abgabenlasten verantwortlich sei: Die stetige Erhöhung der Gebühren etwa im Schul-, Post- oder Polizeibereich hätten andere Verwaltungsstellen zu verantworten. Darüber hinaus verlagere die Provinzregierung zunehmend ausgabenträchtige Aufgaben auf untere Verwaltungsebenen, was diese zur Erhöhung ihrer Einnahmen zwingt. Die Gemeinderegierungen würden unter diesen Umständen zu "Sündenböcken" für den Unmut der Bevölkerung. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

*(7)

Anwendung militärischer Technologie für zivile Zwecke

Forschungsinstitute für die Rüstungsindustrie sollen sich künftig in stärkerem Maße zivilen Hochtechnologie-Projekten widmen, namentlich der Entwicklung von Nuklearenergie, Zivilflugzeugen, Satelliten und Schiffen. Dies wurde kürzlich von seiten der Staatlichen Kommission für Verteidigungswissenschaft, -technik und -industrie auf einer Tagung über militärische Forschungsinstitute bekannt. Militärische Hochtechnologie soll vor allem in den Bereichen Entwicklung und Anwendung von Weltraumressourcen und neuer Energie, mehrdimensionaler Hochgeschwindigkeitstransport, Informationsindustrie, Umweltschutz, moderne pharmazeutische Ausrüstung und Herstellung, Entwicklung maritimer Ressourcen und anderen modernen Industrien zur Anwendung kommen. Ins-

besondere sollen größere Anstrengungen unternommen werden, die Umsetzung der wissenschaftlichen Ergebnisse der militärischen Forschungsinstitute zu beschleunigen, und zwar durch eine stärkere Verbindung zwischen Forschung und Produktion. Zu diesem Zweck sollen den Instituten mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Zugleich werden Kontakte und Kooperation der militärischen Forschungsinstitute mit ihren ausländischen Kontrahenten bezüglich der Verwendung militärischer Technologie für zivile Zwecke befürwortet. Die für den zivilen Gebrauch entwickelten Produkte sollen verstärkt exportiert werden. (XNA, 5.11.96, nach SWB, 12.11.96)

Die hier verfolgte Strategie wurde auch in dem kürzlich veröffentlichten Beschluß über die Vertiefung der Reform des Wissenschaftssystems propagiert (vgl. C.a., 1996/10, Ü 13, P.V). Hierbei geht es nicht um eine Konversion der militärischen Forschung und der Rüstungsindustrie im Sinne einer Reduzierung, sondern um die Nutzbarmachung militärischer Hochtechnologie für zivile Zwecke. An den militärischen Forschungsinstituten arbeiten hochqualifizierte Wissenschaftler, deren Forschungsergebnisse nicht nur die Rüstungsindustrie voranbringen, sondern auch die technologische Modernisierung ziviler Bereiche fördern können. Diese "Spill-over"-Effekte der militärischen Forschung will man sich zunutze machen. -st-

*(8)

China startet eigenes Internet

Ende dieses Jahres wird in acht Städten Chinas ein eigenes Informationsnetz in Betrieb gehen. Dieses in Übersetzung als "Infohighway Space" bezeichnete Informationsnetz ist in bewußter Absetzung vom weltweiten Internet eingerichtet worden und wird als ein Informationsnetz mit chinesischen Kennzeichen gepriesen. Betreiber ist die "China Infohighway Communications Co. Ltd.", an der sich eine ganze Reihe von Behörden und Abteilungen mit einer Investitionssumme von 80 Mio. Yuan beteiligen. Von seiten der Betreibergesellschaft hieß es, das Internet beruhe auf den Werten, der Kultur, der Sprache und den Sitten und Gebräuchen der Vereinigten Staaten, die manchmal der chinesischen Kultur und den aktuellen Bedingungen Chinas widersprächen. Deshalb sei es notwendig, ein eigenes Internet mit chinesischen Kennzeichen aufzubauen. Es handelt sich dabei um